

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

FÜNFZEHNTE JAHR
MAI 1964

5

HEINRICH RODENSTEIN

Von Berlin nach Berlin (1952 bis 1964)

Vor nunmehr 12 Jahren, am 6. Juni 1952, hielt der Verfasser vor dem damaligen Kongreß der Lehrer und Erzieher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (AGDL) in Berlin das Referat „Grundsätze der Neuformung des deutschen Bildungswesens“. Der Referent sprach in eigener Verantwortung. Seine Gedanken und Vorschläge wollten als persönliche Vorstellungen gewertet werden.

Es war nach 1945 das erstmal, daß auf einem Kongreß der Lehrer und Erzieher der Versuch unternommen wurde, eine Gesamtkonzeption eines reformierten Erziehungs- und Bildungswesens zu entwerfen. Der Kongreß 1952 hörte diesen Vortrag, der über zwei Stunden dauerte, mit gespannter Aufmerksamkeit an. Heute, wo wir wieder in Berlin tagen, lohnt es sich festzustellen, was aus den Vorstellungen und Vorschlägen jenes Berliner Kongresses 1952 geworden ist.

Der Wortlaut des Vortrages ist seinerzeit in über 100 000 Exemplaren in der Bundesrepublik verbreitet worden. Die schmucklose grüne Broschüre muß sich noch in den Bücherschränken und Schreibtischen vieler Lehrerwohnungen befinden. Der vorliegende Aufsatz sollte Anlaß sein, das damals Gesagte noch einmal nachzulesen und im Licht unserer heutigen Erfahrungen zu überprüfen.

Eingangs traf der Referent aus dem Jahre 1952 die Feststellung, daß die Menschheit keine geistige Einheit und allgemein anerkannte Grundregeln sittlichen Verhaltens mehr kennt. Damit war der Pluralismus der modernen Gesellschaft festgestellt.

Entscheidend wichtig aber wurde die darauf folgende Aussage: „Der zweite bestimmte Faktor unseres Erziehungs- und Bildungswesens muß die Orientierung auf die kommende Gesellschaft sein“ (S. 6). Dann folgt auf S. 9 die Feststellung: „Tatsache ist, daß unser Bildungs- und Erziehungswesen von dem gewaltigen soziologischen und politischen Erdbeben kaum Notiz genommen hat.“ Fast wörtlich findet sich die gleiche Feststellung in der Begründung, die der *Deutsche Ausschuß* eine Reihe von Jahren später dem *Rahmenplan* gegeben hat.

Und wieder einige Jahre später stellt der *Deutsche Gewerkschaftsbund* in seinen kulturpolitischen Grundsätzen fest: „Unser Erziehungs- und Bildungswesen genügt weder den gegenwärtigen noch den zukünftigen Anforderungen. Seine Neuordnung ist deshalb eine vordringliche Aufgabe. Diese Neuordnung muß den geistigen, sozialen und tech-

HEINRICH RODENSTEIN

nischen Erfordernissen unserer Zeit entsprechen. Sie muß den Anforderungen einer Generation genügen, die die Probleme einer sich rasch wandelnden Welt zu meistern hat.“

Leicht ließen sich noch mehr Stimmen zitieren, die aus Kreisen von Unternehmern, Wissenschaftlern oder Politikern stammen. Diese schon 1952 in Berlin vorgetragene Auffassung von der Rückständigkeit unseres Erziehungs- und Bildungswesens im Licht der gesellschaftlichen Entwicklung ist heute fast eine Binsenwahrheit geworden.

Unmittelbar danach forderte der Referent 1952 einen „Rechnungshof für den geistigen Haushalt der Nation“ (S. 9). Wörtlich sagte er:

„Aber weder können wir an unserem Volk gegenwärtig rühmen, es habe sich im Ganzen mit all seinem Interesse, seiner Liebe und seiner Opferbereitschaft der Sicherung seiner Zukunft durch eine Gestaltung des Bildungswesens zugewandt noch können wir eine geistige Führungsgruppe erkennen, die zwar aller politischen Macht ledig, aber doch eine hinreichende geistige Autorität besitzt, um allein mit den Mitteln der öffentlichen Begutachtung und Mahnung unserem Bildungswesen Architektur und sinnvolle Gestaltung geben könnte. Im besten Sinn ein ‚Rat der Weisen‘ zu sein, sollte als mahnendes Ideal vor einem solchen tatsächlich machtlosen, aber doch praktisch gestaltenden und formenden geistigen Mittelpunkt stehen. Ferner sollten einem ‚Deutschen Ausschuß für Erziehung und Unterricht‘ nur solche Menschen angehören, die von der Notwendigkeit einer weitgreifenden Reform überzeugt sind. Die Wortführer des Status quo ante haben darin nichts zu suchen. Ihre Rolle ist die der bellenden Hunde in der Nacht, während die Karawane vorüberzieht.“

Damit ist der „Deutsche Ausschuß“ also in Berlin 1952 gefordert worden. Am 22. September 1953 wurde er von Bundesregierung (Innenministerium) und Länderregierungen (Ständige Konferenz der Kultusminister) öffentlich eingesetzt. Politisch machtlos war und ist er. Das entsprach auch den Vorstellungen des Referenten von 1952. Allerdings verweigerte ihm die Öffentlichkeit die unbestrittene Autorität, die ähnliche Kommissionen im Ausland — etwa in Frankreich, England oder Schweden — selbstverständlich genießen. Dieses Kind, an dessen Geburt sich so viele Hoffnungen und Erwartungen knüpften, wurde sogar von seinen Vätern im Stich gelassen. Weder die Bundesregierung noch die Ständige Konferenz der Kultusminister haben diesem Ausschuß gegeben, was des Ausschusses war. Der Deutsche Ausschuß tat, was ihm geheißen war. Er legte 1959 den sogenannten „Rahmenplan“ vor. Die Bundesregierung zog sich eiligst — zum Teil auch genötigt von den Ländern — von ihrer kulturpolitischen Verantwortung zurück. Die Ständige Konferenz orakelte nur mit Wenn und Aber über die bestellte Arbeit. Das betonierte traditionelle Schulwesen der Bundesrepublik schien völlig unerschütterlich zu sein. Das Auftreten *Eddings* auf dem Bremer Kongreß 1960 alarmierte die Öffentlichkeit von neuem. Erst von da an nahm die Volksmeinung Notiz von der heraufziehenden Schulkatastrophe und dem Zurückbleiben der Bundesrepublik hinter den Bildungsanstrengungen in Ost und West. Schon Kerscheneiner hat seinerzeit auf diesen Augenblick hingewiesen: „Wenn ein Staat aus seiner Schuleitelkeit erwacht, sieht er sich Systemen gegenüber, die das seinige längst überflügelt haben.“ —

Danach ging der Referent von 1952 auf die höchst aktuelle Frage Beruf und Schule ein. Er sagte (S. 10):

„Wer aber glaubt, die stärkere Orientierung unseres Schulwesens auf Berufslenkung und Berufsförderung sei die dringendste Aufgabe, wer gar der Meinung ist, man könne gar nicht frühzeitig genug sich bemühen, die künftige berufliche Eignung auf diesen späteren Beruf im Namen des höchsten gesellschaftlichen Nutzens etwa künftiger deutscher Ausfuhr zu bilden, der scheint mir zwei Dinge zu übersehen: daß nämlich, um mit *Immanuel Kant* zu sprechen, ‚der Mensch keine Sache ist, mithin nicht etwas, das bloß als Mittel gebraucht werden kann‘, daß also ein *Menschenrecht* verletzt wird, wenn eine solche Prädominanz im Bildungswesen mit menschlicher Verkümmern bezahlt wird. Ich glaube aber auch, daß die Voraussetzung falsch ist, von der eine solche These ausgeht. Sie setzt voraus, daß der Mensch, der ja ein natürliches Wesen ist, von Natur aus mehr oder weniger begabt für gewisse Berufe sei, die nicht

natürliche, sondern soziologische, d. h. künstliche Gliederungen der menschlichen Gesellschaft darstellen. Ich weiß mich aber eins mit den bestunterrichteten Berufsberatern und Soziologen, wenn ich mich entschieden gegen die Herrschaft der Berufsgliederung als Organisationsprinzip der Schule wende.“

Heute, 12 Jahre später, können wir feststellen, daß diese Auffassung auch von den Sprechern des aufgeklärten Unternehmertums vertreten wird. Der Verfasser konnte sich während einer Tagung der *Raymond-Stiftung*, die unter dem Thema „Wirtschaft und Schule“ im Januar dieses Jahres in Berlin stattfand, davon überzeugen, daß der moderne Unternehmer der allgemeinen Schule keinerlei berufsvorbildende Funktionen abfordert. Er wünscht den in den Kulturtechniken sicheren, zuverlässigen, mobilen und weltoffenen jungen Menschen.

Auch das Problem des Gefälles zwischen städtischem und ländlichem Schulwesen wurde vor 12 Jahren deutlich angesprochen (S. 20):

„Auf dem Lande, wo die Mindestbevölkerungsschicht nicht gegeben ist, sollten wir uns entschließen, die dorfeigene Schule auf den Unterbau zu beschränken und für den differenzierenden Mittelbau Zentralschulen einzurichten. Der viel zu enge Zugang der ländlichen Intelligenz zu dem heutigen höheren Schulwesen wird uns helfen, die Landbevölkerung für den Gedanken des differenzierenden Mittelbaus zu gewinnen, während wir in den Städten eine neue pädagogische Gesinnung in der Elternschaft wecken müssen.“

Die Notwendigkeit einer Hebung des ländlichen Schulwesens, seiner Angleichung an das Niveau der städtischen Schulen ist heute nicht zuletzt von den einsichtigen Sprechern der Bauernschaft selbst anerkannt. Selbst der katholische Klerus in Bayern, der sich zunächst heftig gegen die Mittelpunktschulen auf dem Lande wandte, räumt heute ein, daß es unklug wäre, sich gegen solche vernünftige Entwicklung zu stemmen. Auch die kulturpolitischen Grundsätze des *Deutschen Gewerkschaftsbundes* fordern: „Die ländliche Bevölkerung hat den gleichen Anspruch auf kulturelle Förderung wie die städtische. Sie muß in gleicher Weise am kulturellen Leben teil haben.“ Und etwas später: „Auf dem Lande sind überall voll ausgebaute Schulen zu schaffen.“

Diese Forderung von 1952 wird heute allgemein anerkannt und ist mitten in der Verwirklichung.

Der Referent von 1952 beschäftigte sich auch besonders mit den neuen Lehrern. Er forderte die vollakademische Lehrerbildung, hielt das sechssemestrige Studium für völlig unzureichend und meinte, daß die Schule einen Lehrer erfordere, der auch in einem Handwerk zu Hause sei. Das akademische Studium der Lehrer war schon lange vor 1952 in der Diskussion, ist es ununterbrochen geblieben und beschäftigt auch den Kongreß der Lehrer und Erzieher 1964 zentral. Die Forderung nach einem Handwerk für alle Lehrer ist nicht weiter diskutiert worden. Vielleicht sind die praktischen Probleme, z. B. die Zeitfrage, sehr schwer zu meistern. Aber heute noch steht der Verfasser auf dem Standpunkt, daß aus den im Referat von 1952 angegebenen Gründen, eine handwerkliche Lehre eine gute Sache wäre.

Das akademische Studium der Lehrer hat seit 1952 unverkennbar Fortschritte gemacht. Ebenso unverkennbar ist es ständig gefährdet, hauptsächlich durch die sogenannten Notmaßnahmen gegen den Lehrermangel. Es wird sowohl großer Festigkeit als auch Geschmeidigkeit unserer Verbände bedürfen, um mindestens die Kernsubstanz dieser Forderungen durch das tiefe Tal des Lehrermangels hindurchzuführen.

Auch der *Deutsche Gewerkschaftsbund* hat in seinen kulturpolitischen Grundsätzen unmißverständlich gefordert: „Das Studium für alle Lehrämter erfolgt an wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulen.“

Schon 1952 wurde die Zielforderung einer vollen Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr, als nächste Etappe die zehnjährige Schulpflicht für alle gefordert. Das neunte Schuljahr ist in einer Reihe von Ländern inzwischen eingeführt. Die Notwendigkeit

HEINRICH RODENSTEIN

eines zehnten wird zwar noch diskutiert, scheint aber im großen und ganzen auch schon eingesehen zu sein. Auch der *Deutsche Gewerkschaftsbund* sagt programmatisch: „Die volle Schulpflicht ist auf mindestens zehn Jahre auszudehnen.“ Der *Deutsche Ausschuß* hat ebenfalls zehn Jahre für alle gefordert. —

Sehr deutlich wurde schon 1952 die Verantwortung aller für unser neues Erziehungs- und Bildungswesen gesehen. Mit voller Namensnennung wurden z. B. auch die Unternehmer und der Deutsche Gewerkschaftsbund angesprochen. Es hieß damals:

„Als nächste seien unsere Wirtschaftsführer angesprochen. Ihnen wurden Milliarden direkt — z. B. in Form von Marshallplanhilfe — oder indirekt — z. B. in Form von Steuerabschreibungen — geschenkt. Sie sind mehr als jede andere Gruppe Schuldner des Volkes geworden. Sollten sie sich entschließen können, etwa 25 Jahre lang alljährlich 1 Prozent der geschenkten Beträge für das Bildungswesen zu zahlen, so käme eine erhebliche Summe zusammen, die z. B. die Startgleichheit aller Bundeskinder, mögen sie in ‚reichen‘ oder ‚armen‘ Ländern wohnen, sichern könnte. Die deutsche Wirtschaft brauchte nicht für alle Zeiten das Gefühl zu haben, Eigentum zu besitzen, das ihr von Armen geschenkt wurde.

Über diese materielle Beteiligung an der Neuordnung des deutschen Schulwesens hinaus werben wir um die Zustimmung der Wirtschaftsführer zur Neuordnung. Vertrauensvoll wollen wir glauben, daß auch unsere Wirtschaft mehr und mehr erkennt, daß der ergiebigste Arbeiter nicht der schmalbrüstige Typus eines spezialisierten Roboters ist, sondern der unverkümmerte vollsaftige Mensch, der sich u. a. die Fähigkeit bewahrt hat, sich in einer neuen technologischen Situation im Arbeitsprozeß anzupassen. Einsichtige haben diese Wahrheit schon ausgesprochen. Sie möge allgemein anerkannt werden!

Sollten die heutigen Herren der Wirtschaft aber weder opferbereit genug sein, ein wenig von ihrer Schuld abzutragen, noch hinreichend einsichtig, ihr letztes wohlverstandenes Interesse zu erkennen, so möchten sie doch angesichts der drohenden Katastrophe wenigstens Vorsicht genug zeigen, eine angemessene Versicherungsprämie gegen ihren völligen Sturz rechtzeitig aufzubringen. Diese Prämie heißt Sozialpolitik und Neuordnung des Bildungswesens.“

Und danach: „Und auch ein paar Worte an den *Deutschen Gewerkschaftsbund*. Vor vier Jahren in Dortmund beschloß die Lehrerschaft — damals noch allein vertreten durch die Verbände der britischen Zone —, sich als *Gewerkschaft ‚Erziehung und Wissenschaft‘* dem großen Deutschen Gewerkschaftsbund anzuschließen. Wir haben nie verheimlicht, daß wir diesen Schritt nur mit Bedenken und Zögern vollzogen haben. Heute, nach vier Jahren, wollen wir bekennen, daß unsere Bedenken unbegründet und unser Zögern nicht gerechtfertigt waren. Als *Max Traeger* in Dortmund mit seiner historischen Intervention der Periode der Demoralisierung und des bedrückten Schweigens der Lehrerschaft ein Ende machte und kurz darauf der Anschluß an den DGB beschlossen wurde, ahnten wir nicht, daß wir vier Jahre später ehrlich anerkennen müßten, daß heute schon die Lehrerschaft der Schuldner des DGB ist. Ich wüßte keine einzige Frage zu nennen, die wir an den DGB richteten, die er nicht in unserem Sinne und oft schneller und lauter beantwortete, als wir füglich erhoffen konnten. So sind wir eigentlich schlecht gestellt, um an den DGB neue Anforderungen zu richten.

Aber wenn es um die wirtschaftliche, politische und kulturelle Zukunft unseres Volkes geht, dürfen solche Hemmungen keine Rolle spielen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat seinen Kulturwillen häufig und machtvoll manifestiert. *Hans Böcklers* unvergessene Rede in Goslar über Kulturpolitik der Gewerkschaften, *Christian Fettes* markante Aussage über soziale Kulturpolitik in Braunschweig, die Ruhrfestspiele, das Bildungswerk des DGB ‚Arbeit und Leben‘, die Bundesschulen, die Jugendarbeit sind nur einige Äußerungen des Verantwortungsgefühls dieser so eindrucksvoll aufsteigenden Kulturmacht. In seinem Kampf um Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit, um Mitbestimmung und Schutz des arbeitenden Menschen schaffte der DGB Stunde um Stunde, Tag für Tag erste Voraussetzungen eines Bildungswesens, das in sozialer Gerechtigkeit eine bessere Zukunft gewährleisten will. Heute aber im besonderen sprechen wir den DGB an: Er, den niemand verdächtigen kann, selbstsüchtige Interessen auf kulturpolitischem Gebiet zu haben, möchte sich doch zum ersten Wortführer in der Neuordnung des deutschen Bildungswesens machen. Er möchte alle Anstrengungen unternehmen, um seine sechs Millionen Mitglieder zu begeisterten Aposteln eines neuen Bildungswesens zu machen. Ich glaube, daß dieser Auftrag die Entscheidung nicht nur über die Zukunft unseres Volkes, sondern auch über die Zukunft der

deutschen Gewerkschaftsbewegung darstellt. In unserem heutigen, so unzureichenden Bildungswesen können dem Deutschen Gewerkschaftsbund nicht die Männer und Frauen erstehen, die in Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik Vertreter seiner besseren Gesellschaftsordnung sein können. Wir wissen, daß der DGB an Kraft stark und im Herzen groß genug ist, um die Sicherung des Menschen gegen Verkümmern — mögen sie nun aus der sozialpolitischen oder technischen Sphäre stammen — zu übernehmen.“

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat mit der Annahme der kulturpolitischen Grundsätze durch den *Außerordentlichen Bundeskongreß in Düsseldorf im November 1963* die von ihm erbetene Verpflichtung übernommen. Und auch im Unternehmertum rührt es sich erfreulich. In der September-Gesellschaft, in dem Arbeitskreis Wirtschaft und Schule, im Ettlinger Kreis und an vielen anderen Stellen zeigt es sich, daß auch Unternehmer die ganze Breite und das volle Gewicht allgemeinen Interesses an Erziehungs- und Bildungsfragen erkennen und ihre Mitarbeit anbieten.

Wenngleich das Referat von 1952 nicht die AGDL engagierte, so ließe sich doch auch an Hand der programmatischen Entwicklung der AGDL nachweisen, daß das Referat von damals mehr war als das persönliche Bekenntnis des damaligen 2. Vorsitzenden der AGDL.

Die Grundtendenzen haben sich als Gemeingut des bewußten Teils unserer Lehrer- und Erzieherchaft herausgestellt. Vieles ist Programm, manches ist schon Wirklichkeit geworden. Insofern sind die „Grundsätze der Neuformung des deutschen Bildungswesens“ das Fundament alles Programmatischen in der AGDL und zu einem Teil sogar in unserer Gesellschaft geworden.